

Umweltgerechtigkeit – Weiterentwicklung und Umsetzung der Handlungsempfehlungen auf Bundesebene

Über das Forschungsprojekt

Gesundheitlich relevante Umweltbelastungen – Lärm, Luftschadstoffe, mangelnde Ausstattung mit Grün- und Freiflächen, bioklimatische Belastungen – konzentrieren sich häufig in sozial benachteiligten Quartieren. Hier leben Bewohner*innen, die überdurchschnittlich stark beispielsweise von (Kinder-)Armut, Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, Sprach- und Bildungsdefiziten betroffen sind. Wo soziale Benachteiligungen und zahlreiche Umweltbelastungen zusammentreffen, kann von mehrfach belasteten Quartieren gesprochen werden. Dies kann bei den Bewohner*innen dieser Quartiere zu stärkeren gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen.

Vor diesem Hintergrund zielt der Ansatz Umweltgerechtigkeit darauf ab, eine umweltbedingte Mehrfachbelastung in benachteiligten Gebieten zu vermeiden bzw. abzubauen sowie ihren Bewohner*innen den Zugang zu gesundheitsförderlichen Umweltressourcen – beispielsweise Grün- und Freiflächen – zu ermöglichen. Soll mehr Umweltgerechtigkeit geschaffen werden, erfordert dies auf allen Umsetzungsebenen – Bund, Länder, Kommunen, Quartiere – ein aufeinander abgestimmtes Handeln in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in verschiedenen thematischen Handlungsfeldern.

Die Frage, wie der Ansatz Umweltgerechtigkeit insbesondere auf der Bundesebene stärker verankert werden kann, steht im Mittelpunkt des Forschungsprojektes „Umweltgerechtigkeit – Weiterentwicklung und Umsetzung der Handlungsempfehlungen auf Bundesebene“ (Laufzeit Mai 2020 bis April 2022). Das Vorhaben schließt an zwei Vorläuferprojekte an, in denen bereits Handlungsempfehlungen für Bund und Länder entwickelt wurden¹; zu ihnen gehören: *„Ressortübergreifende Kooperation in Bund und Ländern ausbauen“*, *„Gesetzliche und instrumentelle Verankerung von Umweltgerechtigkeit prüfen“*, *„Gute kommunale Praxis identifizieren, dokumentieren und kommunizieren“*, *„Umweltgerechtigkeit in Programme zur Bildung für nachhaltige Entwicklung/Umweltbildung aufnehmen“*.

Im laufenden Forschungsprojekt werden der bisherige politische Implementierungsprozess analysiert und bewertet sowie die bereits vorliegenden Handlungsempfehlungen weiterentwickelt. Ein weiterer Projektbaustein dient dazu, Gute-Praxis-Beispiele für Umweltgerechtigkeit auf kommunaler Ebene zu identifizieren und für die (Fach)Öffentlichkeit

¹ siehe u.a. Böhme, Christa, Thomas Preuß, Arno Bunzel, Bettina Reimann, Antje Seidel-Schulze und Detlef Landua (2015): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – Entwicklung von Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen. Dessau-Roßlau (Umwelt & Gesundheit, 01/2015, Hrsg.: Umweltbundesamt) und

Böhme, Christa, Thomas Franke und Thomas Preuß (2019): Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen. Dessau-Roßlau (Umwelt & Gesundheit 02/2019, Hrsg.: Umweltbundesamt).

aufzubereiten. Dies können Verfahren zur Identifizierung mehrfach belasteter Quartiere, funktionierende Akteurskooperationen, gelungene Maßnahmen/Projekte unter anderem zur Grünflächenentwicklung, Lärmreduktion, Luftreinhaltung, Anpassung an den Klimawandel bzw. insgesamt erkennbar gute Ansätze für gesündere Lebensverhältnisse vor Ort sein.

Die Projektergebnisse werden Mitte Februar 2022 in einem Dialogforum vorgestellt und mit Bundesministerien, Ländervertreter*innen, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen diskutiert. Im Ergebnis werden unter anderem ein Strategiepapier sowie eine Gute-Praxis-Broschüre zum Thema vorliegen. Insgesamt soll das Projekt dazu beitragen, dass Umweltgerechtigkeit als integrierter Ansatz auf den Ebenen von Bund, Ländern, Kommunen und Quartieren „greifbarer“ wird und die Wege zu mehr Umweltgerechtigkeit gut nachvollziehbar beschrritten werden können.

Projektdurchführung

Auftragnehmer und Kontakt

Deutsches Institut für Urbanistik
Projektleitung:
Dr. Thomas Franke
E-Mail: franke@difu.de

Christa Böhme
Daniela Michalski
Thomas Preuß
Dr. Bettina Reimann
Wolf-Christian Strauss

Auftraggeber

Umweltbundesamt
Fachbegleitung: Christiane Bunge
Fachgebiet II 1.1 Übergreifende
Angelegenheiten
Umwelt und Gesundheit
E-Mail: christiane.bunge@uba.de

FKZ: 3719 61 279 0

Stand: Dezember/2021